



## **Programm Kreistagswahl 2016 Groß-Gerau**

**Unter alternativer Politik  
auf Kreisebene versteht die  
Alternative für Deutschland  
die Rückkehr zu Rechtsstaatlichkeit,  
Demokratie und Transparenz**

Die Alternative für Deutschland versteht sich als Bürgerbewegung, die ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger ernst nimmt und sich für die Wahrung und Durchsetzung ihrer Interessen einsetzt. Hessen ist unsere Heimat im Herzen Deutschlands und Europas; in und für Hessen wollen wir politisch wirken, im Interesse und zum Vorteil der Bürgerinnen und Bürger. Im Bewusstsein der Traditionen unseres Landes setzen wir uns für die Förderung der regionalen und lokalen Eigenarten ein, die die Wurzeln der Identität unserer Heimat sind.

## Inhaltsverzeichnis:

- Zuwanderung/Asyl 3
- Wirtschaftsstandort Kreis Groß-Gerau 5
- Schuldenstatistik Hessen 6
- Euro 7
- Stabile Finanzen 8
- Mut zu Familie und Bildung 9
- Weniger Bürokratie 11
- Infrastruktur 11
- Recht und Sicherheit 12
- Energie, Natur- und Landschaftsschutz 13
- Stärkung der Demokratie 14

# Zuwanderung/Asyl

Die unkontrollierte Masseneinwanderung von über 1.3 Millionen Asylbewerbern und Flüchtlingen nach Deutschland stellt Bund, Länder und besonders die Kommunen vor kaum lösbare Aufgaben.

## **Die AfD fordert:**

- einen sofortigen Aufnahmestopp wegen Überschreiten der Belastungsgrenze
- die Verweigerung der Annahme von weiteren Asylbewerbern und Flüchtlingen durch den Landrat
- die Einhaltung der bestehenden Gesetze zum Asylrecht, z.B. Dublin-III-Verordnung
- die Einhaltung der für die vorübergehende Aufnahme von anerkannten Flüchtlingen bestehenden Regelungen
- die starke Beschleunigung der unverantwortlich langdauernden Asylverfahren
- die konsequente Abschiebung abgelehnter Asylbewerber
- die zeitnahe Überprüfung aller Länder, inwieweit es sich um sichere Drittstaaten handelt
- die Übernahme aller Kosten durch den Bund und keine Beschlagnahmung von Wohneigentum
- keine Bevorzugung von Flüchtlingen und Asylanten gegenüber den Bürgern und Einwohnern durch Behörden und öffentliche Einrichtungen
- das Verbot des Abschlusses von Mietverträgen mit überhöhtem Mietzins durch die Kommunen für die Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen

Die ungesetzliche Verschiebung von Asylbewerbern aus anderen EU-Staaten nach Deutschland muss beendet werden. Das Recht auf Asyl stößt dort an Grenzen, wo die Möglichkeiten des Staates überbeansprucht und die Interessen und Rechte anderer Schutz- und Zuwendungsbedürftiger beschnitten werden.

Wir fordern alle auf, einen Blick in das Grundgesetz zu werfen:

Im Artikel 16a (2) des Grundgesetzes ist klar geregelt, jedoch durch die jetzige Bundesregierung unter Kanzlerin Merkel rechtswidrig außer Kraft gesetzt, dass sich nicht auf Artikel 16a (1) berufen kann, wer aus einem Mitgliedstaat der europäischen Gemeinschaft oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und die Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist.

Deutschland hat doppelt so viele Asylbewerber aufgenommen wie alle anderen G7-Staaten zusammen. Die deutsche Gesellschaft, der Staat, alle Strukturebenen sind mit diesem illegalen aber von der Regierung geförderten Massenzug finanziell, kulturell aber vor allem sozial vollständig überfordert. Die Belastungsgrenze Deutschlands ist erreicht. Daher fordern wir, keine weiteren Asylbewerber oder Flüchtlinge mehr aufzunehmen.

Die AfD fordert die gewählten Bürgermeister und den Landrat auf, öffentlich einzugestehen, dass der Punkt erreicht ist, wo die Unterbringung von weiteren Asylbewerbern und Flüchtlingen nicht mehr möglich ist. Die Zweckentfremdung von Turnhallen und anderen Gebäuden der Allgemeinheit für Wohnzwecke ist nicht nur für die Asylbewerber und Flüchtlinge unzumutbar. Es ist ein Eingriff in das Leben intakter Gesellschaften, der nicht länger akzeptiert werden kann.

Tatsächlichen Kriegsflüchtlingen ist kurzfristig Hilfe zu gewähren, aber kein Land ist unbegrenzt aufnahmefähig. Die Asylbewerber und Flüchtlinge sind zur Anpassung und Integration verpflichtet. Wenn mit dem Ende der Konfliktsituation in ihrer Heimatregion der Fluchtgrund wegfällt, sind diese zurückzuführen. Es muss gründlich und ohne ideologische Scheuklappen untersucht werden, was die Gründe für die Migration sind. Auf dieser Grundlage müssen unter Berücksichtigung der Möglichkeiten Deutschlands Maßnahmen zur Reduzierung der Flucht- und Wanderungsgründe getroffen werden.

Die AfD fordert, das geltende Recht im Ausländer- und Asylrecht wieder strikt anzuwenden. Die finanziellen Lasten, die durch die Zuweisung von Migranten verursacht werden, dürfen nicht zu einem großen Teil auf die Kommunen und Landkreise abgewälzt werden.

Diese Kosten sind nach dem Konnexitätsprinzip durch den Bund vollständig zu ersetzen.

Wir fordern, dass Asylbewerber und Flüchtlinge, die ihren Gaststatus missbrauchen und kriminell werden, umgehend abgeschoben werden. Kosten, die durch den zusätzlich benötigten Personalbedarf bei Polizei, Lehrkräften, Betreuung und Behörden, sowie für Mieten, Verpflegung, Reinigung und Nebenkosten anfallen, sind dem Bund in Rechnung zu stellen. Die derzeitigen Schätzungen gehen dahin, dass ein Asylbewerber oder Flüchtling 1000 Euro im Monat an Kosten verursacht.

### **Hilfe vor Ort**

Mit dem gleichen Geld, welches hier für Asylbewerber und Flüchtlinge ausgegeben wird, kann bei einer heimatnahen Unterbringung mindestens zwanzig mal mehr Menschen geholfen werden. Die Flüchtlingslager müssen so gestaltet sein, dass für die Flüchtlinge ein menschengerechtes und selbständiges Leben möglich ist, indem ihnen die benötigten Mittel in Form von Lebensmitteln und Dingen des täglichen Bedarfs bereitgestellt werden. Positiv ist außerdem zu bewerten, dass eine Integration bei einer heimatnahen Unterbringung nicht notwendig ist.

# Wirtschaftsstandort Kreis Groß-Gerau

Mittelstand, Handwerk, Einzelhandel und Dienstleistungsgewerbe sind das Rückgrat der Wirtschaft auf kommunaler Ebene. Das selbständige Unternehmertum ist zu fördern, optimale wirtschafts- und verkehrspolitische Rahmenbedingungen sind zu schaffen.

Die deutsche Gewerbesteuer gibt es in keinem anderen EU-Land. Sie ist eine Zusatzbelastung insbesondere für die mittelständische Wirtschaft, die keine Gewinnverlagerung ins Ausland betreiben kann, so wie dies einige Großunternehmen durch Verlegung ihres Firmensitzes in Steuerparadiese wie z.B. den Niederlanden oder Luxemburg tun. So entgehen Bund, Land und Kommunen Steuern in Milliardenhöhe, die dringend benötigt werden. Die Gewerbesteuer muss daher hinterfragt werden.

Der Kreis Groß-Gerau hat aufgrund seiner Lage im Herzen des Rhein-Main-Gebietes und seiner Infrastruktur beste wirtschaftliche Voraussetzungen.

Trotzdem hat der Kreis über 1,1 Milliarden € Schulden angehäuft, mit steigender Tendenz! (Stand: Dez 2014\*)

Unsere Aufgaben sehen wir in der Bestandspflege der lokalen Wirtschaftsunternehmen, Förderung von Existenzgründungen und Tourismusangeboten.

Handwerksbetriebe plagen Nachwuchs-sorgen. Bei den Einstellungstests wird deutlich, dass die Abschlusszeugnisse unserer Schüler nicht ihrem tatsächlichen Bildungsstand entsprechen.

Handwerk hat nach wie vor goldenen Boden, daher muss der Anreiz für das Handwerk und den Handel zur Ausbildung unserer Jugendlichen gestärkt werden.

Verträge wie TTIP und CETA lehnen wir ab. Das nordamerikanische Handelsabkommen NAFTA schädigte nachhaltig die mexikanische Landwirtschaft und trieb viele Bauern in den Ruin. Der in diesen Verträgen enthaltene sogenannte Investitionsschutz ermöglicht es, Regierungen vor Privatgerichten zu verklagen.

\*Quelle: siehe folgende Seite

# Schuldenstatistik Hessen

## Schulden der Kernhaushalte der kreisfreien Städte und Gesamtkreise (Kreisverwaltung und kreisangehörige Gemeinden) am 31.12.2014

Letzte Aktualisierung: 09.06.2015

| Schl. Nr. | kreisfreie Städte<br>Gesamtkreise | Einwohner*<br>(30.06.) | Schulden<br>ohne Kassenkredite | Kassenkredite | Schulden<br>einschl. Kassenkredite |  | Schulden<br>einschl. Kassenkredite<br>je Einwohner |
|-----------|-----------------------------------|------------------------|--------------------------------|---------------|------------------------------------|--|--|
|           |                                   |                        |                                |               | Euro                               |  |  |
|           | Hessen                            | 6 064 595              | 11 727 064 574                 | 6 400 654 313 | 18 127 718 887                     |  | 2 989  |
| 411000    | Darmstadt, Wissenschaftsstadt     | 150 298                | 269 032 035                    | 270 000 000   | 539 032 035                        |  | 3 586  |
| 412000    | Frankfurt am Main, St.            | 709 395                | 1 539 577 784                  | 57 372 340    | 1 596 950 124                      |  | 2 251  |
| 413000    | Offenbach am Main, St.            | 119 554                | 545 224 862                    | 441 500 000   | 986 724 862                        |  | 8 253  |
| 414000    | Wiesbaden, Landeshauptstadt       | 274 140                | 386 315 240                    | –             | 386 315 240                        |  | 1 409  |
| 431000    | Landkreis Bergstraße              | 262 768                | 337 047 568                    | 344 143 938   | 681 191 506                        |  | 2 592  |
| 432000    | Landkreis Darmstadt-Dieburg       | 286 545                | 311 094 366                    | 173 573 633   | 484 667 999                        |  | 1 691  |
| 433000    | Landkreis Groß-Gerau              | 258 832                | 528 722 691                    | 580 234 164   | 1 108 956 855                      |  | 4 284  |
| 434000    | Hochtaunuskreis                   | 229 822                | 858 415 624                    | 157 755 718   | 1 016 171 342                      |  | 4 422  |
| 435000    | Main-Kinzig-Kreis                 | 406 100                | 769 155 716                    | 711 575 244   | 1 480 730 960                      |  | 3 646  |
| 436000    | Main-Taunus-Kreis                 | 229 097                | 556 770 778                    | 171 458 052   | 728 228 830                        |  | 3 179  |
| 437000    | Odenwaldkreis                     | 96 150                 | 69 794 118                     | 170 000 779   | 239 794 897                        |  | 2 494  |
| 438000    | Landkreis Offenbach               | 339 764                | 730 066 732                    | 728 216 754   | 1 458 283 486                      |  | 4 292  |

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt

# €uro

Derzeit mehren sich die Anzeichen, dass sich das EU-System durch die Europäische Zentralbank (EZB) mehr und mehr zu einem repressiven System entwickelt.

Gerät z. B. eine Bank in „Schieflage“, können die Konten, deren Höhe 100.000 € übersteigt, zur Deckung herangezogen werden. Ob eine Bank sich in dieser „Schieflage“ befindet, weil sie z. B. zu wenig Eigenkapital hat und deshalb eine Insolvenz droht, entscheidet einzig die EZB!

Dies sehen wir als verfassungsrechtlich unzulässige Enteignung an. Die kurz vor der Vollendung stehende Vergemeinschaftung der Haftung für die Spareinlagen innerhalb der EU sprengt den bisherigen Rahmen der Eurorettung. Die Risiken einer Enteignung sind ungleich höher. Der deutsche Sparer haftet dadurch mit seinen Ersparnissen und sogar mit seiner Lebensversicherung für eine beliebige EU-Bank.

Aktuell wird ein neuer Vorstoß unternommen, das Bargeld zu begrenzen. Der ehemalige Verfassungsrichter Papier hält dies für verfassungsrechtlich und wirtschaftlich äußerst bedenklich.

Wir sind gegen die zur Zeit diskutierte Begrenzung bzw. Abschaffung des Bargeldes. Wir sehen darin die Gefahr der Schaffung des gläsernen Menschen.

Wie in Schweden bereits üblich, müssten dann selbst kleinste Einkäufe mit Karte bezahlt werden. Dies ermöglicht, das Kaufverhalten eines jeden Menschen lückenlos zu verfolgen.

Dem Staat eröffnen sich damit ungeahnte Möglichkeiten, den Bürger zu überwachen und gegebenenfalls auch zu disziplinieren, indem er ihm u.a. Karten und Konten sperrt.

Dem Bürger würde durch die Bargeldabschaffung auch die letzte Möglichkeit genommen, sein Geld vor dem Zugriff des Staates und der Banken in Sicherheit zu bringen. Das bedeutet auch, dass jederzeit die Guthaben auf den Girokonten aller Bürger zur Bankenrettung herangezogen werden können.

Zu den bereits aus deutschem Steuergeld zur Griechenlandrettung verschleuderten 287 Milliarden € wird noch in diesem Jahr eine weitere Tranche in Milliardenhöhe von den politischen Entscheidungsträgern zu unser aller Schaden angewiesen werden.

# Stabile Finanzen

## Keine Neuverschuldungen für Entscheidungen des Bundes

Die AfD in Hessen steht für eine seriöse und zukunftsorientierte Haushalts- und Finanzpolitik, diese ist auch Generationenpolitik.

Unser Ziel ist es, unseren Wohlstand für künftige Generationen zu erhalten und zu mehren. Die ständig steigende Verschuldung der öffentlichen Hand auf allen Ebenen, auch der kommunalen, bürdet den kommenden Generationen unverantwortlich hohe Lasten auf. Der Kreis Groß-Gerau hat bereits Schulden in Höhe von 1,1 Milliarden € angehäuft (siehe S.7). Die AfD strebt deshalb einen ausgeglichenen Haushalt ohne Schuldenaufnahme und ohne Steuer- und Abgabenerhöhungen an.

Höhere Ausgaben sind durch Einsparungen und Effizienzsteigerungen auszugleichen. Sind Schulden erforderlich, dürfen diese nur für Investitionen und grundsätzlich nicht für konsumorientierte Zwecke getätigt werden. Durch den Abbau von Bürokratie können Kosteneinsparungen erfolgen.

Die Einführung von sinnlosen, die regionale Wirtschaft schädigenden neuen Steuern wie die Pferde- oder Jagdbesteuerung lehnen wir ab.

Auch die Erhöhung der Grundsteuer, um Kosten zu decken, die durch Entscheidungen der Bundesregierung entstehen, sind keine Lösung. Wer Entscheidungen trifft, muss auch die Kosten dafür übernehmen. Länder, Kreise und Gemeinden dürfen nicht weiter in die Schuldenfalle getrieben werden, damit der Bund eine „Schwarze Null“ schreiben kann.

Die AfD tritt für Transparenz ein. Die Zahlen zu Einnahmen, Ausgaben und Schulden der Gemeinden sind nur mit großem Aufwand auffindbar. Daher fordert die AfD die leicht nachvollziehbare Offenlegung der Haushaltszahlen auf den Internetseiten der Gemeinden.

Deutschland ist ein Hochsteuerland: 55 % des Volkseinkommens werden jährlich als Abgaben (Steuern, Gebühren, Beiträge) an den Staat entrichtet. Die gesamte Steuerflucht von Unternehmen und Privatpersonen schadet nicht nur dem Staat sondern der ganzen Wirtschaft.

Landräte und Bürgermeister müssen lernen, auch mal „Nein“ zu sagen, wenn eine Kostendeckung nicht gewährleistet ist!



# Mut zu Familie und Bildung

## **Förderung von Familien und Alleinerziehenden**

### **Unser Familienbild**

Die Grundlage einer gut funktionierenden und wirtschaftlich starken Gesellschaft ist die Familie. Dort werden unwiderruflich die Grundlagen für die soziale, kulturelle und geistige Entwicklung gelegt.

In der traditionellen Familie erfahren Kinder, was Liebe, Fürsorge, Verantwortung füreinander und Gemeinschaft bedeuten. Wer das Glück hatte, in den ersten Lebensjahren viel Zeit mit seinen Kindern verbringen zu können, wird an diese Jahre sein Leben lang gerne zurückdenken.

### **Unterstützung für Familien**

Die AfD will eine familienfördernde Politik. Wir wollen es Familien ermöglichen, sich wieder für mehr Kinder zu entscheiden. Dabei liegt die Verantwortung für die Erziehung und Bildung der Kinder bei den Eltern. Es ist die Pflicht des Staates, Mütter und Väter bei dieser wichtigen Aufgabe vollumfänglich zu unterstützen und ihre Leistung zu würdigen. Da viele Familien und vor allem auch Alleinerziehende aufgrund ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse auf eine gute Kinderbetreuung angewiesen sind, und um eine freie Wahl der Betreuungsform zu gewährleisten, setzen wir uns für eine qualitativ hochwertige

und flächendeckende Kinderbetreuung ein. Darüber hinaus muss der Staat auch in allen anderen Bereichen Rahmenbedingungen schaffen, die die Eltern bei ihrer Aufgabe unterstützen. Dazu gehören u.a. Steuervergünstigungen und flexible Arbeitszeiten.

### **Bildung**

Das oberste Ziel im Bereich der Bildung muss sein, dass jedes Kind bestmöglich gefördert wird und einen für ihn optimalen Bildungsstand erreicht. Dafür ist ein reiches Schulangebot im Kreis notwendig. Grundschulen, besonders im ländlichen Raum, sind ein wichtiger Bestandteil intakter Gemeinschaften und müssen nach Möglichkeit - auch einzülig - erhalten werden. Weiterhin müssen Gesamtschulen, Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien aber auch Förderschulen in ausreichender Zahl angeboten werden.

Bislang erhielten im Kreis Groß-Gerau Kinder mit attestierter Behinderung eine sichere und umfangreiche Förderung in Förderschulen. Gegenwärtig gibt es landesweit Überlegungen, solche Schulen zu schließen und Kinder mit Behinderungen in Regelschulen zu integrieren (Inklusion). Nicht für jedes Kind ist dies die beste Lösung.

Jeder Familie muss die Wahl der von ihr gewünschten Schulform möglich sein. Individuelle Stärken und Schwächen von Schülern müssen in einem leistungsorientierten und differenzierten Schulsystem Berücksichtigung finden.

Wir halten Kontinuität im Bildungssystem für unerlässlich. Schule darf kein Experimentierfeld der Bildungspolitik sein!

Kategorisch abgelehnt werden Änderungen der Bildungspläne nach den Vorstellungen eines „Gender Mainstreaming“, die das klassische Familienbild in Frage stellen und bereits Kleinstkinder im Kindergarten mit sexuellen Methoden und Praktiken konfrontieren.

Die Gleichberechtigung von Mann und Frau ist eine Errungenschaft, die wir schätzen und fördern; die Gleichmachung von Geschlechtern unter ideologisch verbrämtem Etikett lehnen wir jedoch ausdrücklich ab.

Mehr Familie ist unsere Zukunft, nicht mehr Einwanderung. Im übrigen darf die falsche Einwanderungspolitik nicht dazu führen, dass ansässigen Eltern Kindergartenplätze fehlen oder Gebühren erhöht werden.

# Weniger Bürokratie

Man fragt sich: wieso ist es nicht möglich, dass bei einem Wohnsitzwechsel innerhalb des Kreises Groß-Gerau die Formalitäten in einem einzigen Amt erledigt werden können. Die fehlende Vernetzung begünstigt zudem den Asylmissbrauch, wie er aktuell in ganz Deutschland zu beobachten ist.

Die erfassenden Behörden haben keine Kontrolle darüber, ob und wie viele Anträge ein Asylbewerber bereits gestellt

hat. Wir fordern im Zeitalter des Internets eine Vernetzung der Kommunen. Wir treten für eine Vereinheitlichung von Formularen und Regeln innerhalb des Kreises ein. Aus Erfahrung wissen wir, dass es in den Gemeinden für ein und dasselbe Anliegen unterschiedliche Verfahren und Formulare gibt sowie uneinheitliche Gebühren erhoben werden z. B. für die Gewerbeummeldung.

# Infrastruktur

In Altenwohnheimen, Wohngruppen für behinderte Menschen aber auch in Krankenhäusern haben wir einen massiven Notstand an Pflegepersonal. Diese Berufe werden durch den Stress ständiger Unterbesetzung und das geringe Gehalt immer unattraktiver, was fatale Folgen nach sich zieht. Schon von Gesetzesseite her, werden die einzelnen Ansprüche der Pflegebedürftigen mit viel zu wenig Pflegestunden in Hilfe und Pflegeplänen von den zuständigen Stellen finanziert. Zudem kommt, dass teilweise, je nach Alter und Ausbildungsstand verschiedene Behörden verantwortlich sind. Dies hat zur Folge, dass auch Angehörige und Pflegebedürftige sich ständig und unabdingbar durch den vollkommen undurchsichtigen, bürokratischen Dschungel arbeiten müssen. Das kann bei hilfebedürftigen Menschen zu finanziellen Notständen führen. Dies ist ein Kreislauf der durchbrochen werden muss.

Dem Kreis wurden Aufgaben und Kosten vom Bund aufgebürdet, was zur Folge hat, dass notwendige, wichtige kommunale Aufgaben nicht durchgeführt werden können. Verkehrstechnische Planungen sollten nicht durch politische Änderungen weiter verzögert werden.

Wir fordern eine bessere und effizientere Planung von Infrastrukturprojekten unabhängig von den regierenden Parteien, beispielsweise 40 Jahre Ortsumgebung Groß-Gerau-Dornheim.

Auch sehen wir die Problematik, die der Fluglärm für einige Gemeinden darstellt. Wir sehen die Fraport in der Verantwortung, die Flugrouten so zu gestalten, dass die geringstmögliche Lärmbelastung für die umliegenden Gemeinden entsteht. Das beinhaltet auch Steig- und Landewinkel die steiler ausfallen sollten als bisher. Wir fordern die Einhaltung der Nachtruhe von 22 Uhr bis 6 Uhr.

# Recht und Sicherheit

## **Stärkung der Polizeipräsenz Kein Personalabbau**

Der Schutz der Bürger vor Kriminalität gehört zu den Kernaufgaben des Staates.

Zunehmendes Unsicherheitsgefühl zerstört das Vertrauen in den Rechtsstaat. Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit prägt die Lebensqualität im Kreis Groß-Gerau maßgeblich mit.

Die AfD strebt deshalb eine ausgewogene Balance zwischen Prävention, Sicherheits- und Strafmaßnahmen einerseits sowie bürgerlichen Freiheitsrechten andererseits an. Die hessische Polizei ist ein Garant für Sicherheit, Recht und Ordnung, doch die derzeitige Finanz- und Personalausstattung erlaubt es den Einsatzkräften nur bedingt, in der Fläche des ländlichen Raumes und in den sozialen Brennpunkten der Städte den Gesetzen gegenüber jedermann Geltung zu verschaffen. Nicht nur das subjektive Sicherheitsgefühl, sondern auch die objektive Sicherheitslage müssen durch geeignete Maßnahmen erhöht werden.

Wie uns die jüngsten Vorfälle in vielen deutschen Städten aufgezeigt haben und die Alternative für Deutschland (AfD) es schon vor Monaten vorausgesehen hat, sind wir aufgrund der fehlgeschlagenen Asylpolitik Terroranschlägen, ansteigenden Zahlen von Einbrüchen, Belästigungen und Diebstählen schutzlos ausgeliefert.

Wir fordern, dass sowohl ausländische Gewaltverbrecher, als auch Intensivstraftäter nach Aburteilung in ihre Heimatländer ausgewiesen werden. Wer kriminell wird, hat jeglichen Anspruch auf ein Asylverfahren verloren!

Die Streichung von rund 16.000 Polizeistellen in den letzten Jahren macht sich in diesen Tagen besonders negativ bemerkbar und zeigt, wie sehr die Politiker den Schutz der Bürger vernachlässigen.

Wir fordern daher eine schnellstmögliche Aufstockung des Polizeipersonals, eine bessere Ausstattung der Beamten und eine Erweiterung ihrer Kompetenzen, die ein schnelleres Einschreiten, bzw. konsequenten Zugriff ermöglichen. Polizeibeamte dürfen nicht aus Angst vor einem Disziplinarverfahren von der Erfüllung ihrer Aufgaben abgehalten werden.

Die AfD fordert einen respektvollen Umgang mit Polizistinnen und Polizisten, die im täglichen Einsatz unseren Schutz und unsere Sicherheit gewährleisten.

# Energie, Natur- und Landschaftsschutz

## **Verlässliche und naturverträgliche Energieversorgung**

Das EEG (Gesetz über erneuerbare Energien) kann als vollständig gescheitert angesehen werden.

Die Wirtschaft erhält Energiesubventionen, die ca. 28 Milliarden Euro jährlich betragen. Bezahlt werden diese Subventionen über einen Preisaufschlag von den Stromkunden. Dadurch ist der Preis des EEG-Stromes inzwischen größer als der Preis für konventionelle Stromerzeugung. Die deutsche Bevölkerung muss die höchsten Stromkosten in ganz Europa tragen, dies kostet Arbeitsplätze. An der Strombörse in Europa dagegen wird unser erzeugter Strom verschenkt.

## **Naturschutz geht vor**

Der Erhalt der biologischen Vielfalt unserer heimischen Flora und Fauna ist ein vorrangiges Ziel. Biogasanlagen werden, wenn nicht tatsächlich rein mit Abfallprodukten betrieben, von uns abgelehnt. Ein Ausbau von Biogasanlagen, der zur Ausbeutung der landwirtschaftlichen Flächen führt und in der Folge die regionale Landwirtschaft verdrängt, ist nicht nachhaltig und wird von uns abgelehnt.

Nicht nur, weil die Bilanz dieser Energieform negativ ist sondern auch aus moralischen Gründen, möchten wir nicht, dass Lebensmittel zu Energie verarbeitet werden.

Wir sind für eine verlässliche Energieversorgung. Energie muss für Normal- und Geringverdiener ebenso bezahlbar sein wie für Industrie und Wirtschaft. Sinnlose ineffiziente Investitionen lehnen wir ab.

# Stärkung der Demokratie Rückgrat zeigen

## **Erneuerung der Demokratie – mehr Bürgerbeteiligung durch Bürgerentscheide**

Derzeit versucht die Politik, in zu viele Lebensbereiche der Bürger direkt einzugreifen. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, diesen Einfluss zurückzudrängen. Parteien dienen der Willensbildung des Volkes, nicht seiner Kontrolle und Manipulation.

Um den Bürgern ihre Rechte zurückzugeben, plädieren wir für Bürgerentscheide nach Schweizer Vorbild, auch und insbesondere auf kommunaler Ebene.

Direkte Demokratie ist ein unverzichtbares Mittel der aktiven Bürgerbeteiligung. In Hessen gilt es, die hohen Hürden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide herabzusetzen und zu vereinfachen.

In Entscheidungen über den Neubau oder die Schließung von Bürgerhäusern, kommunalen Krankenhäusern oder die Ausweisung von Baugebieten beispielsweise, müssen die Bürger einbezogen werden. Die AfD sieht die kommunale Selbstverwaltung als ein wichtiges Instrument zur Durchsetzung des Bürgerwillens an.

**Die Abgeordneten der AfD werden über ihre Tätigkeit im Kreistag regelmäßig und ausführlich informieren.**